

# Antrag Nr. 18-J-42-0037

## Jugendparlament

---

### Betreff:

Stärkung der HUSKJ  
- Antrag von Moritz Wimmer -

### Antragstext:

Das Jugendparlament möge beschließen, dass die Hessische Union zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen folgende Projekte zur Umsetzung bringt.

1. Die HUSKJ soll Möglichkeiten erörtern, inwiefern Sie in die politischen Prozesse auf Landesebene vertiefend eingebettet werden kann. Es sollen Möglichkeiten erwägt werden, inwiefern ein Rederecht bzw. ein Antragsrecht im Landtag realistisch sind. Wenn mögliche Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind, sollen diese nach Möglichkeit geschaffen werden.
2. Zum dauerhaften Erhalt soll die HUSKJ nicht mehr über die beteiligten Jugendparlamente finanziert werden. Es soll erörtert werden, inwiefern Landesmittel bereitgestellt werden können.
3. Die HUSKJ soll sich als Ziel setzen, das Wahlalter für Jugendliche in Hessen bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabzusetzen. Auch für Bürgerentscheide soll dies gelten.
4. Die HUSKJ soll Möglichkeiten erörtern, inwiefern mit Landesmitteln mehr Jugendlichen ein Freiwilligendienst ermöglicht wird. Kindergeld und das Taschengeld vom Arbeitgeber reichen nicht aus, um den Lebensunterhalt eines Freiwilligendienstlers zu gewährleisten. Ein wohlhabendes Elternhaus darf künftig keine Voraussetzung für einen Freiwilligendienst sein.

### Begründung:

Die HUSKJ ist eine bedeutende Errungenschaft für die Vertretung von Jugendinteressen in Hessen. Um einen dauerhaften Erhalt dieser Union zu gewährleisten, soll sie mittels einer entsprechenden demokratischen Einbettung und einem soliden Haushalt auf sichere Beine gestellt werden, sodass sie auch weiterbesteht, nachdem die engagierten Gründungsmitglieder die HUSKJ altersbedingt verlassen. Gleichzeitig sollen Aushängeprojekte wie ein Einsetzen für ein gesunkenes Wahlalter die Bekanntheit verstärken und die HUSKJ somit zu einem Teil des politischen Systems des Landes Hessen machen.

Wiesbaden, 12.12.2018